

Vossische



Zeitung

70 Pfennig

Begründet

1704

Mit
Kurszettel

(Ausland: 1.50 Mark)

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Mennes Kampfanfrage an den Beamtenbund. Neuer Kurs im Saargebiet?

Die Gegenläufe der Beamtengruppen.

Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen des Bundeskongresses des Deutschen Beamtenbundes trat der Gegensatz der Auffassungen über Streikrecht und gewerkschaftliche Orientierung der Beamtenschaft noch schärfer hervor, und von beiden Seiten wurde betont, daß eine Scheidung einem unklaren Kompromiß vorzuziehen sei. Eine Rede des Vorsitzenden der Reichsgewerkschaft Mennes spitzte die Situation entscheidend zu.

Wir hatten erwartet, so erklärte Mennes, daß der Kampf der Eisenbahner hier in den Vordergrund der Beratungen gestellt werden würde. (Sehr richtig!) Wir und mit uns die Tribünenbesucher (große Unruhe), haben hier darauf gewartet, was denn nun das Ergebnis des Kampfes sein wird. Die Pflicht der Solidarität soll nicht in Programmpunkten festgelegt werden, sondern man muß eine Klärung darüber schaffen: Ist der Deutsche Beamtenbund in seiner Gesamtheit reif dafür, gegenüber den notleidenden Beamten unter allen Umständen Solidarität zu beweisen? (Lebhafte Beifall.) Wenn der Kampf kommt — und ich glaube, er kommt wieder — haben Sie dann die Garantie, daß Sie ihre Truppen geschloffen in den Kampf führen? Wir hatten auch von den höheren Befolungsgruppen Solidarität erwartet. Aber man hat in den höheren Gruppen anscheinend kein Verständnis für das Gefühl der breiten Massen. Dann aber sollen sich diese Beamten auch nicht mit uns an einen Tisch setzen und sagen, sie seien Gewerkschaftler gleich uns. (Sehr richtig!) Darum muß es jetzt einen Trennungsstrich geben zwischen denen, die sich als Gewerkschaftler fühlen und denen, die das nicht wollen. Eine Brücke zwischen diesen beiden Richtungen gibt es nicht.

Das wichtigste Problem ist augenblicklich die Frage der Gemäßregelten. Und hier frage ich erneut Klipp und Klar: Wie stellen Sie sich den Gemäßregelten gegenüber ein? Wollen Sie sich damit beschäftigen, wie wir ihnen wieder eine Existenzmöglichkeit verschaffen können? Schon hat man in den einzelnen Gruppen Beschlüsse gefaßt, aus dem Deutschen Beamtenbund auszutreten, weil eine Gruppe nun den Existenzkampf geführt hat, weil man mit den „Rabitalen“, die ihre Beamtenwürde verletzt hätten, nichts zu tun haben will. (Pfeifruufe.) Aber es gibt neben der Beamtenwürde auch eine Menschenwürde und wo die in Gefahr ist, muß man die Beamtenwürde abstreifen. Wir können diese Gruppen nicht halten, wir haben sie vorzeitig satt gemacht, aber bevor sie gehen, sollen sie wenigstens in der Frage der Gemäßregelten noch einmal mit uns Solidarität beweisen. Und so fordere ich Sie als Mensch, nicht als Führer einer Organisation, auf, unsere Anregung, eine Pflichtumlage im Deutschen Beamtenbund für die Gemäßregelten zu beschließen, zu unterstützen.

Der Deutsche Beamtenbund war unser Führer im Frieden, im Kampf hat er uns verlassen. (Sehr richtig! bei den Eisenbahnern und Postbeamten.) Wir machen der Bundesleitung den Vorwurf, daß sie sich nicht hinter die streikenden Eisenbahner stellte, was ein „Dolchstoß“ in den Rücken der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten“. Konnte sich die Bundesleitung nicht für uns entscheiden, so hätte sie ihre Ämter zur Verfügung stellen müssen. Der bisherige Bundesvorsitzende ist für uns untragbar geworden. (Bewegung im ganzen Hause, Beifall nur bei den Eisenbahnern.) Sie haben die Wahl zwischen den kämpfenden Brüdern der Reichsgewerkschaft oder der Bundesleitung. Lassen Sie aber die Bundesleitung bestehen, so ist der Deutsche Beamtenbund für uns erledigt. (Große Bewegung und Unruhe.) Sie haben von dem radikalen Führer der Reichsgewerkschaft sicherlich diese Offenheit erwartet. Und ich sage Ihnen deshalb weiter: Da wir uns auf die Beamten nicht verlassen können, gehen wir an die Arbeiter heran, um die Einheitsfront zu schaffen. (Bewegung und Unruhe.)

Die Rede Mennes hatte im ganzen Saal eine starke und nachhaltige Bewegung ausgelöst, da nach dieser Erklärung die zu erwartende bisher von der Bundesleitung vermiedene Entscheidung über das Schicksal des Deutschen Beamtenbundes erfolgen mußte.

Stegmeier vom Verband der Gemeindebeamten: Mennes Rede war ein Ereignis. Man hörte hier Töne, wie sie der deutschen Beamtenschaft bisher unbekannt waren, und man mußte eine ungeheure Umgestaltung der Beamtenschaft feststellen. Herr Mennes fühlt sich zweifellos als Messias der deutschen Beamtenschaft; aber über seine Sendung kann man geteilter Ansicht sein. Der Redner rechnete dann scharf mit der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten ab, die um eigener Vorteile willen bisher fast immer der gesamten Beamtenschaft gegenüber die Solidarität gebrochen habe. „In einem Kulturstaat wie dem unseren gibt es etwas Höheres, als ewige Kampfanfragen.“

Inzwischen waren von den Beamtenverbänden der Kombo, der Lehrer, der Polizei- und Postbeamten Anträge eingelaufen, die forderten, daß nach den Erklärungen Mennes die anderen Beamtensphären des Deutschen Beamtenbundes sofort ihre Stellungnahme zur Frage des Streikrechtes bekannt geben sollten. Dieser Antrag wurde angenommen.

Dann nahm der Erste Vorsitzende Flügel zu den Ausführungen Mennes Stellung.

Mennes, so erklärte er, hat zwar keine Programmrede gehalten, aber er hat ein Aktionsprogramm, eine Art Schlachtplan entwickelt. Und er hat dabei mit der Klarheit gesprochen, die wir von ihm als einer scharf ausgeprägten Persönlichkeit erwartet haben. Wir alle sind ihm dankbar dafür, daß er so klar gesprochen hat. Denn nun wissen wir, woran wir sind. (Lebhaftes sehr richtig.)

Flügel ging dann noch einmal auf die Vorgeschichte des Eisenbahnerstreiks ein. Im Ausschuß des Beamtenbundes hätten sich alle Vertreter, mit Ausnahme dessen der Reichsgewerkschaft, damals dahin erklärt, daß noch nicht alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft seien. Ohne die Stellungnahme der Bundesleitung abzuwarten, habe dann die Reichsgewerkschaft das Ultimatum an die Regierung gerichtet. (Hört, hört!) Inzwischen hatte die Regierung sich dem Beamtenbund gegenüber zur Verhandlung bereit erklärt. Ich selbst, so erklärte Flügel, fuhr mit dieser Nachricht zur Reichsgewerkschaft, wo ich allerdings nicht in das Allerheiligste, in das Vorstandszimmer, hineingelassen wurde. Man hat mich in einem Nebenraum abgefertigt. Ich habe die Vertreter der Reichsgewerkschaft fast flehenlich gebeten, im Interesse der Beamtenschaft, im Interesse vor allem des ganzen deutschen Volkes (Ohl-Rufe bei der Reichsgewerkschaft, stürmischer, sich wiederholender Beifall bei der Mehrheit) die Brücke zu betreten, die der Beamtenbund der Reichsgewerkschaft gebaut hat.

Mennes hat von den Beamtengewerkschaften Solidarität verlangt. Aber vor der Solidarität muß in jeder Organisation die Disziplin stehen. (Stürmischer Beifall.) Der Beschluß des 2. Beamtentages, der diese Disziplin fordert, war auch der Reichsgewerkschaft bekannt. Und trotzdem hat sie die anderen verlassen. Sie ist in den Streik getreten, ohne ihre Mitstreiter durch Urabstimmung zu befragen. (Zuruf eines Vertreters der Reichsgewerkschaft: „Das hätte 75 000 Mark gekostet!“)

Flügel mit erhobener Stimme: Also weil eine Urabstimmung 75 000 Mark gekostet hätte, hat man es gewagt, den ersten deutschen Beamtentag ohne Urabstimmung in Szene zu setzen. (Stürmisches Hört, hört bei der Mehrheit, große Unruhe.)

Löbe über die Not der Presse.

Einstimmige Annahme des Antrags der Parteien.

Im Reichstag erfolgte heute die Beratung des von allen Fraktionen mit Ausnahme der Kommunisten eingebrachten Antrages, der von der Reichsregierung einen Gehaltentwurf verlangt, durch den der Not der Zeitungen auf wirtschaftlichem Gebiet wirksam gesteuert wird. Diesen Antrag begründete Präsident Loebe selbst. Er führte folgendes aus:

Ich lenke die Aufmerksamkeit auf die Not eines Teils unseres wirtschaftlichen Lebens, die uns schon öfter bechäftigt hat und für uns von besonderer Bedeutung ist. Während das Wirtschaftsleben Deutschlands sich in einer Scheinblüte befindet, sind in den letzten Monaten 170 deutsche Zeitungen eingegangen. Dabei kommen nicht nur die kleinen Zeitungen in Frage. Gewiß werden nicht alle Zeitungen eingehen. Bisher war der Papierpreis 20 Pf. Er stieg im März auf 7,80 M., bis April auf 12,80 M. Die Zeitungen werden daran gehindert, das Wertvollste ihren Lesern zu bringen, und das ist das Schlimme, sie werden zu Nebenbetrieben fremder Gewerbe. Sie werden aufgelöst von wirtschaftlichen Konzernen, eine Entwicklung, die die politische Selbstständigkeit, die Eigenart und Stolz unserer Presse in Deutschland gewesen ist, untergräbt, so daß die Zeitungen nicht mehr die Repräsentanten selbständiger politischer Gruppen sind, sondern als Anhängsel von Interessentengruppen auftreten, und da, wo Eisenblech oder Zahnpasta Gewinn abwerfen können, solche Nebenbetriebe unterhalten werden. Aber noch mehr, das fremde, ausländische Kapital dringt ein, und es droht auch die Gefahr, daß Zeitungen, die in deutscher Sprache in deutschen Landen erscheinen, zum Diener fremder ausländischer Interessen und Mächte werden, weil die bisherigen Verleger nicht in der Lage sind, ihre Betriebe weiterzuführen.

Dann sprach für die Regierung Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Hirsch: Die Regierung ist sich der schweren Gefahr sehr wohl bewußt, welche die neueste Preissteigerung auf dem Gebiete des Zeitungswesens für die ganze politische und kulturelle Entwicklung des deutschen Volkes bedeutet. Gewiß werden sowohl Verleger wie Zeitungsläser sich an eine der allgemeinen Geldentwertung näherkommende Bemessung auch des Bezugspreises für Zeitungen gewöhnen müssen. Aber dieser Uebergang ist für die deutsche Presse besonders schwierig, und die Reichsregierung wird deshalb alles tun, was angesichts der schwierigen Wirtschaftslage und zumal der Finanzlage zertretbar erscheint, um diesen Uebergang zu erleichtern.

Die kommenden Sommermonate sind nach alter Erfahrung im Zeitungswesen die für die Zeitungen ohnehin wirtschaftlich schwierigste Periode. Die Reichsregierung ist bereit, auf den Boden des heute vorgelegten Antrags der Parteien zu treten und die Möglichkeit und Wirksamkeit der verlangten gesetzlichen Maßnahmen in enger Fühlung mit den verfassungsmäßig beteiligten gesetzgebenden Körperschaften zu prüfen und schnellstens zu fördern.

Der Antrag wird, wie Vizepräsident Dittmann ausdrücklich feststellte, einstimmig angenommen. (Lebhaftes Beifall.)

Von
Ernst Klein,
Sonderberichterstatter der „Vossischen Zeitung“.

* Saarbrücken, im April.

Es will so scheinen, als ob der Kurs im Saargebiet nun tatsächlich anders werden sollte. Der Völkerbundrat hat in seiner 17. Tagung vom 26. März 1922 in Paris einem Vorschlag der Regierungskommission des Saargebiets zugestimmt, den seit Jahresfrist immer entschiedener geäußerten Wünschen der Saarbevölkerung durch die Errichtung eines Landesrats und eines Studienausschusses entgegenzukommen. Die Veröffentlichung ist inzwischen erschienen und die beiden genannten Körperschaften damit zu einem integrierenden Bestandteil der saarländischen Verwaltung geworden. Völkerbundrat und Saargebiet notieren mit einigem Selbstbewußtsein diese Tatsache und attestieren sich gegenseitig, daß sie als gute Demokraten die Bestimmungen des Versailler Vertrages in freizeitlichem Sinne auslegten und das Recht der Saarbevölkerung auf Mitbestimmung feierlich festgelegt hätten.

Was ist es aber in Wahrheit um diesen „Landesrat“, der aus einer allgemeinen, gleichen, unmittelbaren und geheimen Verhältniswahl hervorgegangen und jene Rechten und Pflichten übernehmen will, die bisher die Kreis- und Bezirksräte gehabt haben? Und was ist es um den „Studienausschuß“, dessen acht Mitglieder von der Regierungskommission aus der Zahl der Einwohner des Saargebiets ernannt werden, und der somit wohl als eine Art von Senat oder erster Kammer gedacht ist?

Bedeutlich macht die Bestimmung, daß der Vorsitzende des Landesrats, der in dieser Körperschaft eine bedeutende Rolle spielen wird, und von dessen Takt und persönlicher Eignung es abhängen dürfte, ob das Saarparlament in der Lage sein wird, auf Regierungsmaßnahmen bestimmend einzuwirken, von der Regierungskommission zu ernennen ist. Das kennzeichnet von vornherein den „freizeitlichen Geist“, der angeblich bei dieser Veröffentlichung Pate gestanden hat. Denn hier gerade dürfte die Saarbevölkerung erwarten, daß man ihr es überlassen hätte, auf diesen Stuhl den Mann zu setzen, den sie dafür als geeignet erachtet. Man soll keine halben Freiheiten geben und Rechte verleißen, die von vornherein in ihrer Auswirkung gebunden sind.

Daß die Mitglieder des Studienausschusses von der Regierung aus gewählt werden, das heißt, daß die Regierung in der Hand hat, ihr genehme Persönlichkeiten zu berufen, und damit von vornherein die von diesem Studienausschuß zu gebenden Gutachten im Sinne der Regierungsmaßnahmen gleichsam zu bestellen, wird im Saargebiet kaum ein Verständnis finden. Es sei schließlich darauf hingewiesen, daß die Regierungskommission die Möglichkeit hat, mit dem neu geschaffenen Landesrat genau so umzuspringen, wie sie es bisher mit Kreis- und Bezirksrat geübt hat, das heißt: sie hat in jeder Weise die Freiheit, Beschlüsse und Gutachten dieser Körperschaft in den Papierkorb zu legen, in dem Protest- und Änderungsverordnungen der Kreisräte bisher regelmäßig verschwunden sind.

Kurz gesagt, handelt es sich hier nicht um die Errichtung eines Saarparlaments, nicht um eine Demokratisierung der saarländischen Verfassung, nicht um eine Weiterbildung der Bestimmungen des Versailler Vertrages in freizeitlichem Sinne. Man tut so, als ob man das Mitbestimmungsrecht der Bevölkerung anerkenne. Bei einer genauen Prüfung aber wird festzustellen sein, daß erst dann hier Rechte verliehen worden sind, wenn die Saargebiet sich diesem Landesrat gegenüber gänzlich anders einstellt, als sie es bisher den Kreisräten gegenüber getan hat.

Vor allem aber muß im Saargebiet die Tatsache enttäuschen und verbittern, daß das Mandat der bisherigen Regierungskommission bis zum Jahre 1925 verlängert worden ist.

Der Völkerbundrat wird mit jeder Regierung im Saargebiet Fiasko machen, die französischen Einflüssen gegenüber nicht völlig taub und hart bleibt. Frankreich ist der augenblickliche Herr der Saargebiete. Der französische Franken hat fast alleiniges Heimatrecht im Saargebiet. Der Friedensvertrag von Versailles hat für eine bevorrechtete wirtschaftliche Stellung Frankreichs die Möglichkeiten geschaffen. Solange er in Geltung ist, wird daran wenig zu ändern sein. Aber das heißt noch lange nicht, daß der Völkerbundrat ruhig zwischen dürfte, daß nun über diese Möglichkeiten hinaus Frankreich Stück um Stück des Saargebiets allmählich annektiert.

Wir forderten in früheren Darlegungen, daß Deutschland auf jede nationale Propaganda im Saargebiet verzichte. Dann aber muß der Völkerbundrat darüber wachen, daß auch jede offene oder versteckte französische Propaganda unterbleibe. An dieser Grenze gibt es aber keine Zollwächter; weder an der nach dem Osten noch an der westlichen. Hier hilft nur eines: eine neutrale, gerechte, auf die tatsächlichen wirtschaftlichen, politischen, kulturellen Verhältnisse und Bedürfnisse psychologisch sich einstellende Regierung. Eine Regierung, wie sie der Völkerbundrat sich einmal gedacht hat, die das Vertrauen der Saarbevölkerung dadurch gewinnt, daß sie ihre Instruktionen nur aus sich selbst heraus nimmt.